

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

ersch. jeden Sonntag, Abonnementpreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch jede Postanstalt. * Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Abonnementpreis: Inland 60 Pf., Ausland 1,80 Mark, für Verschämmlungsangelegenheiten 15 Pf. pro Bello. — Schluss der Ringelgenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Kriegsziele unserer Feinde — Die Kriegslage und Rumänien.

Wir haben im Laufe des Krieges schon mancherlei über die feindlichen Lebensbedingungen gehört, aber man sollte sich nicht die Mühe verbieten lassen, die Gegenüberstellungen unserer Feinde unausgesetzt zu verfolgen. Im allgemeinen herrscht bei uns die Meinung, der gesunde Vernunft unserer Gegner mehr zuzutrauen, als in der Wirklichkeit begründet ist. Manche glauben auch heute noch: der fortwährend geschlagene Vierverband, dem es nirgendwo geglikt ist, eines seiner Ziele zu erreichen — weder die Befreiung Frankreichs, Russlands, Belgiens und Serbiens von der deutschen Besetzung, noch unsere Aus Hungering, geschweige denn irgendeinen andern Erfolg, der unser Ermatten anzeigt — werde gewiß recht froh sein, wenn wir ihm nur ein kleines Entgegenkommen zeigen; es ließe sich vielleicht doch, wenn wir nicht übermäßige Ansprüche erheben, halb die Grundlage für einen ehrenvollen Frieden schaffen.

Solche Ansichten entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. In der feindlichen Presse findet sich natürlich vieles, was nur als Ausfluß einer sinnlosen Wut und eines maßlosen Hasses zu verstehen ist. Jrgendwem sachlichen Wert haben solche Stimmen nicht, und sie würden verstummen, wenn der Augenblick zu ernsthaften Friedensverhandlungen gekommen wäre. Aber nicht jede Äußerung des Hasses ist so zu verstehen. Wir müssen begreifen lernen, daß durch die Länder unserer Gegner neben der blindwütigen Leidenschaft, die der Krieg erzeugt, auch eine zähe Feindschaft gegen uns hergeht, die ebenso in die Rechnung einzustellen ist, wie andere Tatsachen, die wir politisch und militärisch zu würdigen haben. Und diese Feindschaft vertieft sich, je mehr es den Gegnern klar wird, daß sie im Begriff sind, in den Abgrund zu gleiten. Je näher ihnen die Folgen der Niederlage rücken, desto leidenschaftlicher betonen sie die Notwendigkeit des äußersten Widerstandes und der äußersten Anstrengungen, um das Kriegsglück zu wenden. Um diese furchtbaren Anstrengungen nicht ganz nutzlos und wahnsinnig erscheinen zu lassen, klammern sie sich an die Hoffnung auf den endlichen Sieg und malen sich die Früchte dieses Sieges so lockend wie möglich aus. Das scheint uns unglaublich töricht und sinnlos, aber wenn wir uns in eine solche Seelenstimmung hineinzuversetzen suchen, dann werden wir uns klar erkennen: Sobald wir derartigen Stimmungen und Wahnideen gegenüber auch nur das geringste Zeichen von Schwäche zeigen oder gar wirklich ermatten, dann werden alle diese Phantasien über die Folgen unserer etwaigen Niederlage — Phantasien, die wir halb mit Mergel über die unerschöpfliche Ueberhebung, halb mit Erstaunen über die blöde Torheit und Unkenntnis lesen — fürchterliche Wirklichkeit. In den Friedensbedingungen, die unsere Gegner uns auferlegen wollen, kommen ihre wahren Wünsche und Gesinnungen zum Ausdruck; sie sind wahrheitsgetreue Urkunden für das, was eintreten würde, wenn unser tatkräftiger und opferbereiter Wille es nicht zu verhindern weiß.

Eine solche giftgeschwollene, aber in dem hier erörterten Sinne sehr ernst zu nehmende Veröffentlichung über die französischen Friedensbedingungen finden wir in einer in Genf erscheinenden Zeitung („Le Genevois“). Daß eine „neutrale“ Zeitung so schreibt, wird niemand überraschen, da man weiß, daß gewisse Kreise in der (französischen) Westschweiz an Deutschfeindschaft mit der Pariser Presse wetteifern. Daß Elsas und Lothringen an Frankreich zurückfallen, ist als eine vorweg zu erfüllende Forderung behandelt. Erörtert und mit Gründen belegt wird nur die Frage des künftigen Schicksals des linken Rheinuferes. Bemerkenswert ist, daß sogar der moderne Franzose nicht mehr wagt, das deutsche linke Rheinufer einfach für Frankreich in Anspruch zu nehmen, wie es früher unsern westlichen Nachbarn ein geläufiger Gedanke war, den Napoleon I. sogar eine Forderung vertritt hat. Auch die Vergroßerung Belgiens wird von Frankreich nicht gewünscht,

da der Eintritt deutscher Provinzen zum belgischen Gebiet für das erhoffte Übergewicht des Franzosen tums in Belgien verhängnisvoll werden könnte. So kommt man zu dem Schluß, daß dieses Gebiet zwar Deutschland werde belassen werden müssen, aber vorerst jahrelang von Frankreich militärisch zu besetzen sei, bis die Bevölkerung hinreichend müde geworden sei und Deutschland die ungeheure Kriegsschuldigung bezahlt habe. Also wenn unser Land wirtschaftlich ruiniert ist und jedes nationale Selbstgefühl und Unabhängigkeitsbedürfnis eingebüßt hat, will man uns gnädigst unser Gebiet lassen. Dagegen soll Oesterreich-Ungarn völlig aufgelöst und zerstückelt werden, wobei die Kronländer deutscher Zunge an Bayern fallen sollen, um ein Übergewicht gegen Preußen zu bilden! Daß Deutschland zu dauernder militärischer Ohnmacht verurteilt werden soll, ist natürlich die Grundlage aller Forderungen.

Neuerdings beschäftigt man sich übrigens auch in England merkwürdig angelegentlich mit der Aufgabe Elsas-Lothringens an Frankreich. Der „Daily Express“ knüpft an einen Artikel des „Observer“ an und unterrichtet seine Leser über den Anteil Lothringens an der deutschen Kohlenproduktion und über den Aufschwung, den dort die Industrie genommen hat. Deutschland habe Frankreich Elsas-Lothringen gestohlen, und diese Frage sei eine der ersten, die im gegebenen Augenblick in Ordnung gebracht werden müsse. Man muß sich eigentlich wundern, daß die Engländer erst jetzt anfangen, die Sache gründlicher auszuschlachten. Denn hier vereinigen sich zwei Gesichtspunkte, mit denen England vor allem arbeitet: Es glaubt eine weitere Möglichkeit zur Schädigung der deutschen Industrie ausfindig gemacht zu haben, und es spürt durch sein eifriges Interesse an einem Siegespreis, über den es gar nicht zu verfügen hat, den Bundesgenossen zu neuen Anstrengungen an, die ihm keine Zeit zu der Ueberlegung lassen, für wen und wofür er sich opfert.

Aber bei all diesen Erörterungen über Friedensbedingungen ist von einem so gut wie gar nicht die Rede: von Rußland. Weltläufig wird wohl bemerkt, daß Rußland sich an der Türkei schadlos halten werde. Aber daß es sonst bei der allgemeinen Regelung der Karte von Europa an seiner Weltgrenze, in Polen — über das die Westmächte selbstherrlich verfügen! — an der Donau und am Balkan ein Wort mitzureden habe, davon ließ man nichts. Das unter England Befehl marschierende Frankreich scheint für den einst so heftig angefeindeten großen Bruder im Osten nicht mehr allzuviel Raum in seiner Phantasiewerkstatt übrig zu haben!

Unsere Gegner behaupten, uns in der Kampfführung des Krieges das Heft aus der Hand gewunden zu haben, so daß wir auf der ganzen Front in die Verteidigung gedrängt und nicht mehr imstande seien, dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen. Der Eintritt Rumäniens in den Krieg hat diesen Bravourstücken neue Nahrung gegeben. Es kann gewiß nicht davon die Rede sein, daß dergleichen geeignet ist, irgendeine nennenswerte Wirkung auf uns hervorzubringen, vor allem nicht in dem Sinne, daß sie uns in der Entschlossenheit zum Durchhalten bis zum endgültigen Siege zu beirren vermöchten. Nur könnte es hier und da vielleicht Vorstellungen erwecken, als ob nun die Schwierigkeiten, die wir noch zu überwinden haben, übermäßig vermehrt worden seien. Es ist gut, auch diesen Eindruck nachzuprüfen und ihn auf ein richtiges Maß zurückzuführen.

Unsere Kerben, die sich in diesem Kriege schon genugsam erprobt haben und noch weiter erproben werden, sind besonders nach der Richtung in Anspruch genommen worden, daß wir die Kunst des Kartenspiels und die Tugend der Geduld üben mußten. Das ist eine mitunter recht lästige Probe gerade für den Sieger, aber sie ist der andern vorzuziehen, die dem unterliegenden Teil auferlegt ist, wenn er die Schreden des Unterganges und einer traurigen Zukunft langsam kommen sieht. Wir müssen uns nun einmal an den ungeheuren Maßstab dieses Krieges gewöhnen. Früher hatten wir Schlachten von höch-

stens wenigen Tagen, unterbrochen durch Märsche und vorbereitende Operationen von höchstens wenigen Wochen, und das alles auf einem verhältnismäßig eng begrenzten Kriegsschauplatz. Jetzt müssen wir das in unserer Vorstellung alles mindestens zwanzigfachen, nach Zeit, Raum und Kraftaufwand. So folgen auf Schlachten von monatelanger Dauer naturgemäß auch Zeiten der Vorbereitung von entsprechender Ausdehnung, die es dem Gegner leicht machen, damit zu prahlen, daß er den Stillstand und die Unfähigkeit unserer Heere erzwungen habe. Und doch haben wir von den errungenen Erfolgen nichts aufgegeben, und der furchtbare Abbruch, den die Feinde sich selbst verordnet haben, hat ihnen trotz der Opfer, die auch wir haben bringen müssen, nichts genügt und uns die Möglichkeit, zur rechten Zeit und am rechten Ort zur Offensive überzugehen, nicht geraubt.

Daran hat der Eintritt Rumäniens in den Krieg nichts geändert. Wir unterschätzen die neue, und auferlegte Kriegsarbeit nicht und sind keineswegs leichtfertig gestimmt. Aber der Eindruck, den diese Erfahrung bei uns erweckt hat, ist viel weniger Sorge oder gar Furcht, als Mergel, daß dem Feinde ein diplomatischer Erfolg geglikt ist. Manche fragen, ob das nicht zu verhindern gewesen wäre. Schon im Frieden herrschte ja bei uns die Meinung, die diplomatischen Erfolge des Anstandes zu überschätzen und von unserer diplomatischen Tätigkeit gering zu denken oder unbedeutendes zu urteilen. Aber auf solche Fragen kommt es im Augenblick nicht an. Es genügt, zu betonen, daß wir vorbereitet waren, und daraus dürfen wir die Erwartung schöpfen, daß wir militärisch der Lage gewachsen sind.

Man wird noch einen Schritt weitergehen können und feststellen haben, daß Rumäniens feindseltiger Entschluß, der trotz des raffinierten Manöverspiels und einer den Gipfel erreichenden Heimitide dennoch im entscheidenden Augenblick nicht die Frucht unabhängiger, auf den eigenen Nutzen bedachter Erwägungen, sondern einer selbstverschuldeten Zwangslage war, uns wahrscheinlich Möglichkeiten von großer Bedeutung eröffnet, die uns ein neutrales Rumänien niemals, ein befreundetes Rumänien auch wohl kaum geboten hätte. Bei dem Verhältnis, das außerdem zwischen Bulgarien und Rumänien nun einmal besteht, und bei der Stellung, die Rußland zu den Balkanfragen einnimmt, ist eine kriegerische Abrechnung mit Rumänien für uns vielleicht die günstigste Lösung. Die russische Regierung hat noch bis in die allerjüngste Zeit im eigenen Bosse den Wahn zu erhalten gesucht, das bulgarische Volk hege immer noch Gefühle der Dankbarkeit gegen Rußland, das werde sich zeigen, wenn Rußland als Sieger auf der Balkanhalbinsel erscheine. Ob es, wie behauptet wird, in Petersburg wirklich Kreise gegeben hat, die an die Nichtbeteiligung Bulgariens am Kriege gegen Rumänien glaubten, können wir dahingestellt sein lassen. Soweit aber in Bulgarien noch russische Sympathien lebten, konnte Rußland kein besseres Mittel finden, um sie auszulöschen und zu töten, als das Hineinreißen Rumäniens in den Krieg. Die militärische Lage Rumäniens ist dabei gar nicht besonders günstig, und auf eine so rasche und kraftvolle Betätigung der vereinigten deutschen und bulgarischen Kräfte an seiner empfindlichsten Stelle hat es wohl nicht gerechnet. So ist es gar nicht ausgeschlossen, daß aus einer Wendung, die zunächst als eine Erschwerung und Verlängerung des Krieges angesehen werden mußte, für uns eine günstige Entscheidung erwächst.

Dom Wohnungswesen!

Wir haben uns schon daran gewöhnt, von der Wohnungsfrage zu sprechen. Man versteht darunter: die Mängel und Mißstände im gesamten Wohnungswesen. Mängel und Mißstände gibt es in der Boden speculation, im Bauwesen, im Vermietungswesen, in der Art der Anlage der Häuser (gesundheitlich), im Hypothekenswesen. Schlechte Wohnungen sind die besten Verbreiter der Tuberkulose und der Erb anstehender Krankheiten. Schon

aus diesem Grunde muß dem Wohnungswesen die größte Sorgfalt gewidmet werden. Durch den Krieg, durch die herben Menschenverluste müssen wir auf das Wohnungswesen doppelt bedacht sein.

Früher baute man für den eigenen Bedarf, mit der zunehmenden Industrialisierung und dem raschen Anwachsen der Städte ging man immer mehr und mehr dazu über, auf Spekulation zu bauen. Also nicht auf Bestellung, nicht für einen ganz bestimmten Bedarf baute man, sondern für einen vermutlichen Bedarf, für den Käufermarkt. Es bauten nicht nur Baumeister, die das entsprechende Geld hatten, den Boden und die Baukosten bezahlen zu können, es bauten völlig mittellose, vorgegebene Personen, die von der ganzen Sache nicht viel verstanden. Das führt zu vielen Unzulänglichkeiten, zu Mängeln und Mißständen im Wohnungswesen. Mit fremdem Kapitalien und mit fremdem Gelde wird zunehmend gebaut. Der städtische Haus- und Grundbesitz ist durch allerlei Machinationen vielfach notleidend geworden, noch mehr leidet die wohnungsuchende Bevölkerung unter einer unrichtigen Wohnungspolitik.

Eine außerordentlich wichtige Rolle spielt der Kredit in der Wohnungsfrage. Der städtische Haus- und Grundbesitz hat zum Teil zu viel, zum Teil zu wenig Kredit. Wäre der bargebotene Kredit stets nur nach gesunden Gesichtspunkten und unter Rücksichtnahme auch auf allgemeinere wirtschaftspolitische Interessen gegeben und entsprechend verwendet worden, so hätte die Notlage des Hausbesitzes niemals die gegenwärtige gefährliche Höhe erreichen können und eine Wohnungsnot der Bevölkerung gäbe es kaum. Der großstädtische Häuserbau erfordert erhebliches Kapital, das dem Bauherrn fast niemals aus eigenem zu Gebote steht. Er ist auf fremdes Kapital angewiesen. Das Grundstück wird daher beliehen. Der Beleihung geht die Schätzung voran. Grundstückswert, Bauwert, Ertragswert sind ebenso viele Fehlerquellen der Schätzung. Und da auf keiner Seite meistens der Wunsch vorliegt, niedrig zu schätzen, so wird hoch geschätzt. Wer je mit Schätzungen zum Zweck der Hypothekenbegebung zu tun gehabt hat, der weiß, wie günstig sie für den Darlehnsnehmer auszufallen pflegen. Die Schätzungen nehmen allzusehr künstliche oder eingebildete Werte voraus. Die Beleihung erfolgt nicht auf der Grundlage eines angemessenen, sondern eines übermäßig hohen Wertes des Grundstückes; der gewährte Kredit ist zu hoch. Da hinter der erstellten Beleihung alsbald eine zweite und dritte zu finden ist, so gefährdet die zu hohe Schätzung des Grundstückswertes die zweit- und mehrstellige Hypotheken und läßt andererseits den Geldgeber zurückhaltender sein als er es wäre, wenn nicht das Vertrauen in die Sicherheit einer Beleihung über eine gewisse niedrige Grenze der Taten überhaupt verloren gegangen wäre. Geordnete Taten sind die Vorbedingung zur Ordnung der Verhältnisse des städtischen Immobilienkredits, und wer ehrlich eine Verbesserung der Verhältnisse herbeiwünscht, kann die Einführung öffentlicher Schätzungsämter nur begrüßen.

Dem erstellenden städtischen Hypothekenkredit stehen die Hypothekenbanken, Sparcassen, private Versicherungsgesellschaften als Geldgeber zur Verfügung. Zweite Hypo-

theken werden auch heute noch, wenn auch zu ganz anderen, schwereren Bedingungen von Privatkapitalisten gewährt. Die Hände auf dem Markt für zweite Hypotheken haben aber neuerdings auch verschiedentlich zur Gründung von Anstalten für zweite Hypotheken oder Bereitstellung von besonderen Fonds für Gewährung hypothekarischer Darlehen zur zweiten Stelle geführt.

In Wechselwirkung mit der Not des Haus- und Grundbesitzes zur Erlangung des erforderlichen Realcredits steht das Bedürfnis der wachsenden Bevölkerung nach geeigneten Wohnungen, vor allem Kleinwohnungen. Der städtische Wohnungsbau ist auf die Erstellung größerer und größter Wohnungen gerichtet. Denn für solche Bauten, die herrschaftliche Wohnungen enthalten, fließen die Bau- und Hypothekengelder leicht. Mietkajernen mit ihren zahlreichen Einwohnern, größter Abnutzung, schwieriger Verwaltung, unzuverlässigen Mietseinnahmen sind ein schon weniger günstiges Objekt. So sehr allgemein anerkannt wird, daß der Bau von Kleinwohnungen notwendig, seine Förderung eine Hauptaufgabe des Staates und der Gemeinden aus bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Gründen werden muß, so groß sind noch die Schwierigkeiten, die die fehlende Organisation für die Geldbeschaffung für Kleinwohnungen der Baubetätigung auf diesem Gebiete bereitet. Mehr noch als der gewerbliche Kleinwohnungsbau leidet die gemeinnützige Bautätigkeit, die sich dem Kleinwohnungsbau widmet, unter den mißlichen Verhältnissen der Kreditfrage. Aber mit Recht wird deshalb auch für die gemeinnützige Bautätigkeit eine besondere Regelung der Kreditfrage durch Erleichterung der Beschaffung von billigem Bau- und Hypothekengeld in Anspruch genommen. Gegenüber dem großen Bedarf von Kleinwohnungen und Familienhäusern vermögen die Baugenossenschaften und Kleinwohnungsvereine an allen Orten nur einen gewissen Teil der Nachfrage zu befriedigen, so daß der privaten Bautätigkeit eigentlich ein recht großes Feld offen steht. Aber gerade dort, wo diese ganz oder teilweise versagt, beginnt die gemeinnützige Baubetätigung und schafft gewöhnlich in seiner Art Musterobjekte ohne Anspruch auf späteren Verkaufsgewinn, jedoch fortgesetzt in der vollen Entfaltung ihrer Tätigkeit durch die leibige Kreditfrage gehemmt. Die gemeinnützige Bauvereinigung baut ja nicht billiger als der private Bauunternehmer, schon darum nicht, weil sie nach jeder Richtung Vorbildliches leisten will und muß, und durch die besonderen Bedingungen, unter denen sie arbeitet (Rückstellungen, Tilgungszwang) beschwert ist. Aber ihre auf das Gemeinwohl gerichteten Bestrebungen, an die sich eine ganze Kette von sozialen Erscheinungen und Wirkungen besonders auf bevölkerungspolitischem Gebiete anreicht, verdienen noch weit mehr, als bisher schon geschieht, die tatkräftige Unterstützung aller in Betracht kommenden Faktoren. Solche sind vornehmlich die Geldgeber, dann die Gemeinden und deren übergeordneten Stellen. Kreis, Provinz, Staat. Private Interessen können durch diese Förderung nicht verletzt werden. Gegenteiligen Klagen darf kein Gehör gegeben werden.

Die Bedürfnisse der gemeinnützigen Baugenossenschaften sind vor allem auf die Erlangung der erforder-

lichen Kapitalien zu einer ersprießlichen Tätigkeit gerichtet. Da sie in der Regel kaum mehr als 10 bis 20 v. H. aus eigenen Geldern stellen können, so erfordert die Beleihung hinter einer ersten Hypothek bis zu 50 v. H. noch eine zweite bis 80 bis 90 v. H. der Selbstkosten. Der Hypothekenzinssfuß sollte 3 bis 3 1/2 Prozent, höchstens 4 Prozent betragen. Das Hypothekenskapital muß langfristig gewährt werden, am besten unkündbar mit Tilgungszwang, wobei die Tilgungsrate mit 1/2 bis 1 v. H. niedrig bleiben muß. Abzüge in Form der Abschlußprovision oder des einmaligen Verwaltungskostenbeitrages sollen nicht erhoben werden. Das gewährte Darlehen ist auch ratenweise als Baugeld ohne höhere Belastung zu gewähren. Bürgschaftsübernahmen durch die Gemeinden und Kommunalverbände sollten bereitwillig gegeben, andererseits vom Geldgeber nur ausnahmsweise bei besonders hoher Beleihung gefordert werden. Wenn dann die geldgebenden Institute eine der Sache angemessene rasche Verwaltungspraxis zeigen, so dürften damit die Grunderfordernisse angegeben sein, deren Erfüllung die ersprießliche Tätigkeit des gemeinnützigen Wohnungsbaus gewährleisten.

Die Kreditquellen für den Kleinwohnungsbau sind verschiedener Art für erste und zweite Hypotheken. Für erstes Hypothekenskapital kommen diejenigen Institute in Betracht, die innerhalb mitteleuropäischer Grenzen ihre Geldbestände auf Hypotheken ausleihen, also die Hypothekenbanken, Sparcassen und die privaten und sozialen Versicherungsanstalten. Die Hypothekenbanken fordern bei einer Beleihungsgrenze von höchstens 60 v. H. Zinssätze bis 4 1/2 v. H., dazu Abschluß- und Vermittlungsgebühren. Vornehmlich beleihen sie große städtische Objekte, für den Kleinwohnungsbau kommen sie noch wenig in Betracht, obwohl sie in erheblichem Maße auch die Tilgungshypothek pflegen. Die Sparcassen berücksichtigen sehr viel mehr auch die kleineren Objekte als die Hypothekenbanken; in der Regel beleihen sie bis 50 v. H. Mit dem Zinssfuß sind sie in neuerer Zeit durchweg in die Höhe gegangen und fordern jetzt ebenfalls 4 1/2 bis 4 3/4 v. H. Inwieweit die Sparcassen für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu haben sind, läßt sich nicht angeben; durch Uenderung der entsprechenden Bestimmungen könnten sie ihm sehr wohl in höherem Maße dienstbar gemacht werden. Die privaten Versicherungsgesellschaften legen ihre reichen Gelder fast ausschließlich in großstädtischem Grundbesitz an; sie kommen für die gemeinnützige Bautätigkeit so gut wie nicht in Betracht, was ihnen als ein bedauerlicher Mangel anzurechnen ist. Um so mehr darf man auf die sozialen Versicherungsinstitute rechnen. In der Tat ist die Entwicklung der gemeinnützigen Baugesellschaften besonders in Westdeutschland durch die Landesversicherungsanstalten tatkräftig gefördert worden. Sie sind deren Kreditbedürfnis mit sehr erheblichen Mitteln entgegengekommen und haben dadurch weiten Kreisen der Minderbemittelten (und nicht nur den bei ihnen Versicherten) Gutes erwiesen. Sie gewähren jetzt Baudarlehen für Kleinwohnungen zum Mindestzinssatz von 3 1/2 v. H. und einem Tilgungssatz von 1-1 1/2 v. H. Man schätzt die mit Hilfe der Landesversicherungsanstalten erstellten Kleinwohnungen auf 80 000 bis 90 000 im Reich. Manche dieser Anstalten

Leben und Schaffen hinter der Front

Geschrieben von G. G. 16.

So mancher von Euch, liebe Leser, der das Glück oder Unglück, wie man's eben nimmt, hat, in der Heimat zu bleiben und keinen Einblick in die Verhältnisse hinter der Front tun kann, kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, was und wie sich das Leben dort gestaltet und was dort an Arbeit geleistet wird. Nach dem gewaltigen siegreichen Vormarsch im vorigen Sommer fanden wir ein nach jeder Richtung stark mitgenommenes Land vor. Die Russen hatten, wohl ahnend, daß ihnen dieses wertvolle Stückchen Land verlorengehen würde, alles auf ihrem Rückzuge geräumt und ausgeplündert. Viele Einwohner waren mit ihren kümmerlichen Kisten nach dem Jülicher Bahnhof geschleppt, und ihre Besitzung wurde einfach den Flammen übergeben, welche in der Erwartung auch reichlich Nahrung fanden. So fanden denn die Deutschen ein Land vor, wo es galt, fast alles neu aufzubauen. Und wie herrlich haben sie diese Aufgabe gelöst! Ein gewaltiges Werk ist es, was deutsche Fleiß, deutsche Ausdauer, Organisation und Kleinarbeit bei dem Wiederaufbau des Landes während der letzten 10 Monate geschaffen haben. Derjenige, der das Land früher kannte und jetzt beschreiben würde, würde einen ganz anderen Eindruck erhalten. Man werfe einen Blick auf Dörfer, Felder und Wälder, so wird man vor Staunen ausbrechen. Der hat hier denn das Land einen solchen Ansehen und Gehör gebracht? Die Antwort: Das sind deutsche Bauern, die dem Lande ein anderes Aussehen gegeben haben. Ordnung und Sauberkeit, tüchtige Handarbeit, Arbeit, wie wir sie gewohnt sind, haben die Oberhand gewonnen. Verschanden ist die Arbeit und Schmutzen, sie haben einen solchen Frieden über sich gebracht.

Man hat nicht in die Hände geschaut, was man hat, so haben wir das Land, die Wege sind jetzt ganz neu geordnet. Selbst die russischen Eisenbahnen waren

zum größten Teil nicht zu befahren. Hier mußte unbedingt Abhilfe geschaffen werden, wenn das Land dasjenige bringen sollte, was vielen Tausenden von Menschen und Tieren zum Lebensunterhalt diene. Der Teil Polens, in dem wir voriges Jahr im Stellungskampf lagen, bot noch einen weit schlechteren Anblick als das wertvolle Kurland. Dort nichts als tiefer Sand und morastige Wiesen, mit großen Wäldungen umgeben. Hier wechelt das Land in wundervollen Feldern, Wiesen, um dort wieder bald feil, bald sanft zu einem Berge emporzustreben. Aber dennoch findet man nicht das Wachstum, wie es nach richtiger Bearbeitung eigentlich geschehen müßte. Um das Land der Bearbeitung zu unterziehen, mußten zuerst Wege gebessert und neu angelegt werden. War es doch stellenweise unmöglich durchzukommen. Die Lebensmittel-Empfangswagen mußten mit acht bis zehn Pferden bespannt werden, um auch nur das Nötigste heranzuschaffen, was unsere Kämpfer vorne brauchten. Unsere Kompanie liegt, bei einigermaßen gutem Wege, höchstens eine Stunde von der Empfangsstelle der Division entfernt. Trotzdem brauchten die Wagen einen vollen Tag, um den Weg zurückzulegen. Wer Gelegenheit hatte, herunterzugehen, der erkannte erst die großen Schwierigkeiten an den benutzten Pferden, welche im Schlamm erstickt waren.

Ganz anders sieht es heute gegen damals aus; schöne halbrunde trodene Wege, die, wo nötig, überbrückt sind. Auch sind die Wege verbreitert und zu beiden Seiten schon geräumige Abfuhrgräben gezogen. Ebenso wie die Wege, haben auch die Felder eine deutsche Kultur erhalten, soweit die Verhältnisse es gestatteten. Hier haben fleißige, deutsche „Bauernhände“ geschafften, um das zu erzielen, was vielen Tausenden von Menschen und Tieren als Lebensunterhalt dient. Es ist kaum ein Stück Land, das nicht entweder Getreide, Roggen oder Hafer trägt. Selbst im Bereich der russischen Granaten sind deutsche Hände fleißig gewesen und haben das Land wieder bebaut. Hebrat, wozu man blüht, regt sich deutscher Fleiß, gepaart mit Tatkraft. Selbst die Schiffe, die

von ihren eigentlichen Besitzern lange verlassen, erblicken mit ihrem neuen Besitzer neues, tatkräftiges Leben. Leppige Blumenbeete, dazwischen schön gebücherte Gemüßbeete, Stachelbeersträucher und Obstbäume reihen sich einander an und verleihen dem Auge und der Landschaft einen besonderen Reiz. Die Häuser selbst haben eine tüchtige Renovation erfahren. So wie in wirtschaftlicher, schaffen sie auch in kriegerischer Beziehung. Schon mit dem Vorgehen der Truppen hat unsere Heeresleitung, neben Verwaltungsbehörden rein militärischer Natur, die der schützenden Truppe ein starkes Rückgrat geben sollen, solche zur halbigen Wiederbelebung und Ruhbarmachung der fruchtbaren, besetzten Landesteile vorgehoben. So sehen wir das ganze eroberte Gebiet mit einem vielfachen Netz von wohlorganisierten Verwaltungsstellen überzogen, deren Fäden letzten Endes beim Oberbefehlshaber (Ost) zusammenlaufen. Mars, zielbewußte Leitung hat auch hier zum Siege geführt; und unsere Augen ruhen auf den Männern, die mit weitem Blick, unter schwierigen Verhältnissen, einen so vielseitigen, militärischen Verwaltungsapparat zum Segen des Landes, zur Ehre des Deutschland erstehen ließen. Vorbilder gab es nicht. Neues Schaffen! war die Losung, und oft haben unermüdete treue Arbeit und deutsches Organisationsalent herrliche Triumphe im großen und kleinen gefeiert. Das machen uns unsere Feinde nicht nach, mögen sie sich noch so anstrengen. Und der Gedanke der Ueberlegenheit macht uns stolz; er läßt uns aber nicht ausruhen, sondern spürt uns an zu neuen und größeren Leistungen, um im Geiste der Wahrheit und Treue Sieger zu bleiben. An dieser inneren Kraft, in nie erlöschendem Schaffen im besetzten Gebiete oder boheim in der lieben Heimat, an ihr werden alle Versuche des Feindes, uns zu vernichten, zerschellen und zugrunde gehen. Und in diesem Gedanken möge ein legendärer Friede dem deutschen Vaterlande erblihen.

Pionier Liebmann.

könnte aber noch mehr Mittel als bisher für den Arbeiterwohnungsbaubewilligen. Reiche Mittel haben auch die Pensionskassen der verschiedenen Staatseisenbahnen an gemeinnützige Bauvereinigungen gewährt, während hingegen die Berufsvereinigungen und Krankenkassen für Wohnungsverbesserung keine nennenswerten Kapitalien aufbringen. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat bisher nur Gelegenheit gehabt, Richtlinien für ihre Mitwirkung an der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse aufzustellen. Wenn sie beim Zinsfuß und dem Verwaltungskostenbeitrag Entgegenkommen beweist, dürften durch diese Anstalt dem gemeinnützigen Wohnungsbau in Zukunft erhebliche Mittel zugänglich werden. Was etwa sonst an Mitteln bei den städtischen Hypotheken- und Pfandbriefämtern, bei Instituten, Stiftungen usw. für den Kleinwohnungsbau flüssig gemacht werden könnte, fällt nicht sehr ins Gewicht. Immerhin jede Kreditquelle ist zu begrüßen.

Nach dem Kriege werden die Familien, die jetzt noch zusammen wohnen, eigene Haushalte gründen, die Kriegsgeltrauten werden den Bedarf an Wohnungen erhöhen, neue Ehen werden geschlossen werden und durch mancherlei Verschiebungen in der Bevölkerung werden städtische Wohnungen gesucht werden. Beizzeiten die Mittel dafür bereitzustellen, ist eine unumgängliche Pflicht. In diesem Sinne hat der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswejen eine Eingabe an den Reichstag gerichtet. Diese Eingabe betont vor allem, daß damit die Volks- und Wehrkraft erhalten und gefördert werden sollte.

Massenspeisung, Einkellerung und Rationierung

In diesem Jahre wurde vor Beginn der Kartoffel-Ernte vom Kriegsernährungsamt ein durchgreifender Verteilungsplan aufgestellt, Zuschußbezirke und Bedarfbezirke scharf abgegrenzt und dadurch die geregelte Herbstlieferung sichergestellt. Den kommunalverbänden fällt natürlich die Aufgabe zu, für die geregelte Verteilung zu sorgen. Ihnen steht dazu das vom Kriegsernährungsamt zugewiesene Quantum von 1 1/2 Pfund pro Tag zur Verfügung. Schwierigkeiten ergeben sich dadurch, daß viele Gemeinden Massenspeisungen eingeführt haben und andere in vorsorgender Art die Einkellerung erleichtern. Nun sind aber Massenspeisung, Einkellerung und Rationierung einander ausschließende Begriffe. Die Gemeinden müssen deshalb einen Ausweg finden.

Man kann den einzelnen nicht verpflichten, etwa einen ganzen Monat oder noch länger an einer Massenspeisung teilzunehmen. Nimmt er aber nur an einer Woche oder gar nur an einem bestimmten Tage an der Massenspeisung teil, dann ist eine volle Berechnung der Kartoffeln auf seine Karte nicht gut möglich. Wiederum steht er sich besser, wenn er von Zeit zu Zeit an der Massenspeisung teilnimmt und daneben seine volle Kartoffelkarte behält. Hier muß die Gemeinde einen Ausgleich suchen. Manche nehmen ein Drittel bei Teilnahme an der Massenspeisung von der Karte ab, andere gehen einen anderen Weg.

Ähnlich ist's beim Einkellern. Dem Einkellerer kann seitens der Gemeinde ein Bezugsschein für mehrere Monate ausgehändigt werden, für die gleiche Zeit kann ihm natürlich keine Kartoffelkarte gegeben werden, weil er sonst die doppelte Ration empfangt wie derjenige, der nicht einkellert. Nun kann es vorkommen, daß die der betreffenden Familie zustehende Menge, die vielleicht bis April reichen müßte, schon im Januar oder Februar aufgebraucht ist, weil man ja „aus dem Vollen schöpfen“ konnte und sich nicht so einzurichten brauchte, wie wenn man jede Woche nur ein bestimmtes Quantum erhält. Auch ist es möglich, daß Kartoffeln verderben und der Einkellerer mit der ihm zugeteilten Menge nicht auskommt. Der Magistrat Berlin weist auf diese Möglichkeit schon hin, indem er in der Tagespresse erklärt:

„Da eine Entschädigung für verdorbene Kartoffeln wegen Schwund oder sonstiger Verluste nicht gewährt wird, so muß jeder, der Kartoffeln lagert, die Einkellerung sorgfältig vornehmen und dauernd beobachten. Da auf Nachlieferung für vorzeitig verzehrte Vorräte nicht gerechnet werden kann, ist sparsames Haushalten mit den eingekellerten Kartoffeln erforderlich.“

Diese Mahnung würde abschreckend wirken, wenn nicht zugleich bemerkt würde, daß „diejenigen Haushalte, die sich Kartoffeln einlagern, als Ausgleich für Schwund und Verderben etwa 20 % erhalten“ sollen. Es ist geplant, für die Zeit vom 20. November 1916 bis 18. März 1917 für jede Person 1 1/2 Zentner abzugeben. Das sind etwa 1 1/2 Pfund pro Tag, wogegen die allgemeine Rationierung in den kommenden Monaten in Berlin nur 1 Pfund für den Tag betragen soll. Ähnlich wie Berlin verfahren andere

Zur Beachtung! Sonntag, den 24. Sept., ist der 30. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

Gemeinden. Es ist fraglich, ob die Gemeinden nicht ein größeres Quantum auf den Kopf abgeben können. Das Kriegsernährungsamt hat bekanntlich 1 1/2 Pfund pro Kopf und Tag der Gesamtbevölkerung, und zwar bis August 1917, festgesetzt. Viele Städte werden dieses Quantum kaum in Anspruch nehmen. Kinder unter einem bestimmten Alter, altersschwache und kranke Personen sowie Bessergestellte benötigen bestimmt nicht 1 1/2 Pfund pro Tag. Es bleibt dabei noch zu berücksichtigen, daß von Mitte Juli bis Mitte August des nächsten Jahres die Frühkartoffelernte nebenher läuft, somit die nächstjährige gesamte Frühkartoffelernte in die allgemeine Rationierung nicht einbezogen ist. Es kommt noch dazu, daß Kartoffeln, die in kleinen Gärten angepflanzt werden, nicht mitgerechnet werden. Die einzelnen Städte können daher mit den ihnen zugewiesenen Kartoffelmengen bestimmten Bevölkerungsschichten mit Hilfe von Zusatzarten schließlich bis zu 3 Pfund pro Kopf und pro Tag anweisen, ohne daß deshalb Kartoffelknappheit entsteht. Sie können auch Familien, die einkellern, für Schwund und Fäulnis eine Reserve zur Verfügung stellen.

Natürlich müssen sich auch die Einkellerer mit der ihnen zugewiesenen Ration einrichten, andernfalls fehlt jede Uebersicht, und es könnte vorkommen, daß Einkellerer einen stottern Kartoffelhandel für Versütterungs- oder andere Zwecke betreiben oder aber die ihnen zugewiesenen Mengen Speisefertigkartoffeln selbst in größeren Mengen an Tiere verfüttern.

Die Gemeinden sollen alles tun, um das Einkellern zu erleichtern. Kriegerfrauen kann man eventl. die Kartoffeln liefern und den Betrag nach und nach von der Unterstützung in Abzug bringen. Mit Arbeitslosen kann man ähnlich verfahren, wenn eine Arbeitslosenversicherung am Orte ist. Den Arbeitern und Angestellten der Gemeinden können Teuerungszulagen in Form von Winterkartoffeln gewährt werden, oder diesen Leuten ist die Zulage bar auszugeben, damit sie ihren Winterbedarf an Kartoffeln decken können. Arbeitgeber können veranlaßt werden, ihren Arbeitern und Angestellten Vorschüsse zu gewähren. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, haben bereits die Minister der Finanzen und des Innern die ihnen nachgeordneten Behörden ermächtigt, den unterstellten Beamten und ständigen Arbeitern in Staatsbetrieben zur Beschaffung eines Wintervorrats an Kartoffeln und Heizmaterial auf Antrag einen Gehalts- (Lohn-) Vorschuß zu gewähren. Die Vorschüsse sollen einen Monatsbetrag des Gehalts (Lohns) nicht übersteigen und nicht über die Höhe des für diesen Zweck tatsächlich aufgewandten und deshalb beim Antrag nachzuweisenden Betrags hinausgehen. Vor allem ist ein angemessener Preis festzusetzen. Der Einkellerpreis für Berlin und manche anderen Städte ist viel zu hoch angegeben. Berlin will z. B. den Zentner Kartoffeln voraussichtlich für 6 M frei Keller liefern. (Ist nunmehr auf 4,75 M pro Zentner festgesetzt worden.) Neufölln liefert schon für 5,40 M. Andere Städte noch billiger. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat am 21. August in einer Antwort auf eine Eingabe der Bergarbeiterverbände gesagt: „Es wird dafür gesorgt werden, daß der Preis von 4,75 M frei Keller für den Winter nicht überschritten wird, und daß der Kleinverkaufspreis 0,55 M für 10 Pfund nicht überschreitet.“ Das Kriegsernährungsamt hat auch von Anfang an diesen Preis vertreten. Man sollte annehmen, daß diese Sätze von maßgebender Stelle nicht vertreten würden, wenn dafür nicht zu liefern wäre. Gemeindeverwaltungen sollen doch nichts bei der Kartoffel-einkellerung verdienen. Man setze den Preis also so, daß auch ein Anreiz zum Einkellern gegeben wird.

Wie im übrigen bei Massenspeisung, Einkellerung und Rationierung im einzelnen bei einer etwaigen Umrechnung zu verfahren ist, darüber müssen sich die Gemeinden bald klar werden. Das Kriegsernährungsamt, resp. die Reichslebensmittelstellen haben lediglich für die Lebensmittelversorgung bestimmte Grundsätze aufgestellt und den Verteilungsausgleich im großen ausgeführt. Alles andere ist Sache der einzelstaatlichen und kommunalen Verwaltungen, die jetzt Gelegenheit haben, ihr Können zu beweisen und für geregelte und preiswerte Lieferung zu sorgen, wobei die Minderbemittelten besonders zu berücksichtigen sind. Ein Rationierungsmittel muß ihnen letzten Endes zur Verfügung stehen, woran sie sich satt essen können. —

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Johann Fuchs**, Mitglied der Zahlstelle Nambö; **Unteroffizier Wilhelm Koffi**, Mitglied der Zahlstelle Köln, Maurer; **Karl Werner**, Mitglied der Zahlstelle Hamm, Stultateure. Das **Bayerische Verdienstkreuz III. Klasse** mit Schwertern erhielt Kollege **Albert Urschel**, Mitglied der Zahlstelle Rottweiler-Schwanden.

Zeichnet die Kriegsanleihe! Es kann gar nicht dringend genug zur Zeichnung auf die fünfte Kriegsanleihe aufgefordert werden. Jeder, der Geld hat, muß es dem Vaterland zur Verfügung stellen. Wir müssen unseren Feinden zeigen, daß alle ihre Spekulationen verfehlt sind; daß das deutsche Volk bereit ist, auch das Beste für den Sieg und eine glorreiche Zukunft zu opfern. Je größer die aufgebrachten Summen, um so näher kommen wir dem Frieden. Darum bringe jeder, der hat, auf den Altar des Vaterlandes. Es geschieht zudem nicht umsonst, wird vielmehr reichlich verzinst. Wir alle müssen zu dem finanziellen Sieg beitragen.

Der Bauarbeitsmarkt in Ostpreußen im August 1916. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe in Königsberg im vergangenen Monat 995 Bauhandwerker für den Wiederaufbau vermittelt. Leider konnten infolge des Mangels an Arbeitskräften nicht alle Aufträge erledigt werden. Gegen den Vormonat ist eine Veränderung infolge eingetreten, als die Nachfrage nach Zimmergesellen zurückgegangen ist und die Nachfrage nach Maurern zugenommen hat. Es läßt dies darauf schließen, daß neue Holzbauten nicht mehr in so großem Umfange wie bisher ausgeführt werden.

Der Reichskanzler und die Lebensmittelfrage. Gegenüber einer Eingabe der Generalkommission der freien Gewerkschaften behufs besserer staatlicher Maßnahmen in der Ernährungsfrage, vor allem gegen die Teuerung, antwortete der Reichskanzler, die vorhandenen Lebensmittel möglichst gleichmäßig und gerecht zu verteilen und die Lebensmittelpreise nach während des Krieges auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Das Kriegsernährungsamt habe bereits in diesem Sinne gearbeitet und werde weiter nach dieser Richtung wirken. Für Futtermittel, Getreide und Graupen könne dieses Ergebnis leicht schon in Aussicht gestellt, für Fleisch wenigstens erhofft werden. Bei Brot und Kartoffeln könne an eine Herabsetzung der Preise zurzeit noch nicht gedacht werden. Die Preise hierfür können aber auch nicht als unangemessen bezeichnet werden. Es darf, so betonte der Reichskanzler weiter, bei all den vorhandenen Mängeln nicht übersehen werden, daß die Ursachen dieser Schwierigkeiten in den englischen Absperrungsmaßnahmen zu suchen sind. Die dem Punkte müsse besondere Beachtung geschenkt werden, um so mehr, als gesagt werden darf, daß die allem Völkerecht hochsprichende englische Kriegsführung auf wirtschaftlichem Gebiete schließlich ebenso wirkungslos bleiben wird, wie sie verwerflich ist. Wohl verursacht sie Schwierigkeiten, aber dank der guten Ernte dieses Jahres kann das deutsche Volk mit ruhiger Sicherheit dem Siege und dem Frieden entgegensehen.

Die deutsche Einfuhrzentralisation hat sich nach Auffassung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen ausgezeichnet bewährt. Das ergebe sich aus einer in dieser Richtung nicht genügend gewürdigten Meldung des Vertreters des „Berl. Tagebl.“ im Haag, nach der „Daily Mail“ in Fortsetzung früherer Angriffe dem englischen Handelsattaché im Haag, Sir Francis Oppenheimer, folgende Sünden zum Vorwurf mache: „Erstens, daß die Exporte von Holland nach Deutschland von Kartoffelmehl, Butter, Fleisch, Käse, Fischen und Kaffee zwischen Januar und Juli d. J. ganz bedeutend größer waren als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1914, also vor dem Kriege. Zweitens, daß die Exporte der betreffenden Güter von Holland nach England, für die gleiche Zeit und unter den gleichen statistischen Verhältnissen betrachtet, sehr beträchtlich gefallen sind, daß dagegen brittens die Exporte von England nach Holland für die meisten dieser Güter sich in der gleichen Zeit sehr gesteigert hätten.“ „Daily-Mail“ fragt daran anschließend: „Modifizieren wir Deutschland oder blockiert Deutschland uns?“ — Ungeachtet der denunziatorischen Motive des genannten Heftblattes gegen den „Deutschen“ Oppenheimer ergibt sich in der Tat folgendes: Die J.-E.-G. Tätigkeit mit ihrer Ausfaltung des vertuebenden und warenabschreckenden Handels ist glänzend gerechtfertigt, die Mächenschaften der mißvergnügten deutschen und ausländischen Einfuhrhändler sowie der Stadtverwaltungen, die sich aus selbstsüchtigen Gründen nicht in die notwendige Einfuhrordnung schiden können, sind gebührend gekennzeichnet. Hoffentlich ziehen nun die maßgebenden Stellen hieraus die Kraft, den fortwährenden Exzessen des Großhändlerturns zugunsten eines „Abbaues der J.-E.-G.“ den erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Bequemer landwirtschaftlicher Verdienst. Der Freigutbesitzer Mertens in Biegebrode pachtete, wie uns geschrieben wird, Anfang dieses Jahres ein 360 Morgen großes Nachbargut für den Preis von 900 M hinzu und verpachtete davon die geringwertigsten 100 Morgen zu je 90 M an kleine Leute, die dort einer sehr mäßigen Kartoffelernte entgegensehen. Rund 250 Morgen hat Herr Mertens auf diese Art pachtfrei gewonnen. — Gutsherrlicher Rath, ebenfalls im Kreise Randfeld, verpachtete im Vorjahre einen Teil seines Ackerlandes zu 90 M je Morgen. Da aber die Frühkartoffelernte gut ausfiel, müssen

